

KRISEN SIND CHANCEN

Gelingt es, das verspielte Vertrauen zurück zu gewinnen?

Dank für die Einladung und die Einführung.

Dem mir gestellten Thema

Krisen sind Chancen Gelingt es, das verspielte Vertrauen zurückzugewinnen

nähere ich mich in der Weise, dass ich die Ausgangsthese einer kritischen Prüfung unterziehe, ob diese so oft von Politikern und Medienschaffenden zitierte und so daher gesagte Aussage stimmt oder nicht.

In einem weiteren Schritt versuche ich dann ein paar Gedanken zu diskutieren, wie es zu Vertrauensverlusten kommt und wie verlorenes Vertrauen zurückgewonnen werden könnte.

Wobei Sie mir zustimmen werden, dass Letzteres der ungleich schwierigere Part ist und jemand, der dazu erfolgversprechende Vorschläge oder gar Lösungen anbieten könnte sich vor Aufträgen aus Politik, von den Kirchen und gesellschaftlichen Institutionen, die auch zu Teilen unter Vertrauensverlust leiden, nicht retten könnte.

Wie schon angedeutet, die These *Krisen sind Chancen* ist ja in der öffentlichen Debatte eine fast schon feststehende Redensart und Gewissheit, mit der man auch die von Krisen betroffenen Menschen beruhigen will und deren Richtigkeit gar nicht mehr hinterfragt wird.

An zwei Beispielen aus der gegenwärtigen öffentlichen Debatte will ich Ihnen aufzeigen, dass es so sein kann aber nicht so sein muss.

Richten wir unseren Blick auf die Krise der Landwirtschaft, die dazu gehörigen Demonstrationen der Bauern und welche Schlüsse aus der Krise gezogen werden.

Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen:

Ich selbst habe in den ersten 6 Jahren meiner parlamentarischen Laufbahn im LT Baden-Württemberg die Landwirtschaftspolitik grundlegend beackert, habe hunderte von Bauernversammlungen und Diskussionen zu diesem Thema absolviert und habe dieses Thema während meiner gesamten politischen Laufbahn, bis heute, mit großer Sympathie und Engagement für die Sache der Bauern und Bäuerinnen auf meiner Agenda. Dies deshalb, weil ich gesehen habe, wie die Politik der EU, mit einer über Jahrzehnte andauernden falschen Weichenstellung, für eine industrialisierte Landwirtschaft mit negativen Folgen für die Umwelt und die Bauernschaft durchgezogen hat. Unter dem Diktat des Wachsens oder Weichens sind die Bauern in die Massentierhaltung geführt worden, gezwungen worden, durch Einsatz von Chemie, zu Lasten der Natur ihre Produktivität zu erhöhen und gleichzeitig bedeutet dieser verhängnisvolle Kurs bis heute, für tausende von bäuerlichen Familienbetrieben das bittere Aus.

Deshalb war die handstreichartige Streichung der Steuerbefreiung für landwirtschaftliche Fahrzeuge und die Steuerfreiheit für landwirtschaftlich genutztem Diesel eine dieser per ordre de Mufti durchgezogenen Fehlentscheidungen der Ampel, die voraussehbaren und legitimen Protest hervorrief. Protest, der auch am Beginn mehrheitlich von der Gesellschaft positiv begleitet wurde.

Dass die Politik dann relativ schnell reagierte, war einerseits inhaltlich geboten und sinnvoll, andererseits hat es aber diejenigen Kräfte der Bauernschaft und verwandter Berufsgruppen, die sich angehängt haben und ganz andere Ziele und Motive haben, ermutigt und angestachelt ihre Eskalationsstufen zu zünden und mit kriminellen Aktionen in Szene zu setzen. Biberach, Schüttsiel, Hirschaid, Magdeburg und Brüssel sind nur die bekanntesten von vielen Orten, in denen nicht die demokratische Mitte, sondern der Mob das kriminelle Geschehen bestimmte.

Und was ist die Konsequenz dieses Geschehens?

Die angesichts der Chemisierung der Landwirtschaft, der Klimakrise, des Artensterbens und die in vielen Regionen drohende oder schon existierende Verseuchung des Grundwassers durch zu hohen Gülleeintrag dringend notwendige Ökologisierung der Landwirtschaft wird zurückgedreht. Frau von der Leyen, die mit großem Aplomb den green deal auf die Bühne der europäischen Politik geholt hat, ist wie ein Strohalm unter den übermannshohen Rädern der Monstertraktoren eingeknickt.

Reduzierung des Pestizid-Einsatzes beschlossen und wieder einkassiert, 4% der Agrarfläche reservieren für Hecken und Blühstreifen beschlossen und wieder einkassiert. Nicht genug damit, die bisherige Zollfreiheit für den Import landwirtschaftlicher Erzeugnisse von der Ukraine in die EU, aus der dringend notwendigen Solidarität mit dem durch den Aggressionskrieg von Putin geschundenen Land, wird eingeschränkt.

Warum schildere ich dies so ausführlich? Weil es ein schlagendes Beispiel dafür ist, dass eben nicht aus jeder Krise eine Chance wächst. Sondern weil diese Agrarkrise, für die der Agrardiesel nur das Symptom, nicht aber die Ursache ist, dazu geführt hat, dass die Chance für eine weitere dringend notwendige Ökologisierung nicht ergriffen wurde, vielmehr ist man mit einem Rollback für die industrialisierte Landwirtschaft, mit all den bekannten negativen Folgen, hinter den schon erreichten Status quo zurückgefallen. Und wenn es jetzt auch so aussieht, dass die Bauern die Politik in die Knie gezwungen hat, wird dieser in Anführungszeichen „Sieg“ ein Pyrrhussieg bleiben. Ein nachhaltiger andauernder Erfolg wird sich nicht einstellen, weil der Berufs- und Branchenegoismus auf Dauer den Interessen und den Ansprüchen des Allgemeinwohls nicht standhalten wird.

In diesem Kontext noch ein Rückgriff in die Zeitgeschichte:

Der Bauern- und Winzerprotest gegen das Kernkraftwerk Whyl sowie der Bauernprotest gegen eine geplante 700 ha-Daimler-Teststrecke in Boxberg war von anderem Kaliber und von durchschlagendem und nachhaltigem Erfolg. Im Fall Whyl haben die Bauern und vor allem die Bäuerinnen mit ihren Körpern und ohne den Einsatz von Treckern den Wasserwerfern der Staatsmacht Stand gehalten und den Protest in der Mitte der Gesellschaft verankert. Im Fall Boxberg haben die Bauern und auch wieder vorne dran die Bäuerinnen neben ihren lokalen Aktionen Unterstützer aus dem ganzen Land gewonnen und parallel den Rechtsweg bis zum Bundesverfassungsgericht beschritten. Alle drei vorgeschalteten Verwaltungsgerichtsinstanzen haben die Bauern abfahren lassen, die trotz tiefer Enttäuschungen und hoher finanzieller Risiken nicht aufgaben und mit ihrem Gang zum Bundesverfassungsgericht Rechtsgeschichte geschrieben haben mit dem Urteil, dass Enteignungen zugunsten privatwirtschaftlicher Interessen gegen das Grundgesetz verstoßen. Im Unterschied zu den heutigen Protesten ist der damalige Erfolg auch darin begründet, dass in beiden Fällen die Bauernschaft neben ihren legitimen Eigeninteressen auch das Gemeinwohl mit im Focus hatten, was heute völlig fehlt.

Ich komme zu dem positiven Gegenbeispiel:

Das ist das, was die jungen Schülerinnen und Schüler und Studentinnen und Studenten von Fridays for Future in Bewegung gesetzt haben und was die Politik dann daraus für Konsequenzen gezogen hat - wenn auch nicht freiwillig.

Fridays for Future ist aus meiner Sicht, und mit der stehe ich nicht allein, die mit Abstand erfolgreichste Protestbewegung der neueren Zeit.

Die massenhaften Demonstrationen der Jugend haben das Thema Klimawandel aus den Wissenschaftsstuben, aus den Ministerien, aus den Abhandlungen der Medien, aus der Ökonomie unglaublich sympathisch und hoch wirksam in die breite Öffentlichkeit und ins Bewusstsein der Mehrheitsgesellschaft katapultiert. Es wurde das Thema Nr. 1 in den Jahren 2018 / 2019 / 2020 auf der politischen Agenda.

Die anfangs erhobenen Zeigefinger und Mahnungen der Schulbehörden und mancher Lehrer, wonach die Freitagsaktionen als Schulschwänzen und somit als Ordnungswidrigkeiten mit der Folge von Bußgeldern zu ahnden seien, verstummten angesichts der mächtigen, fröhlichen und öffentlichkeitswirksamen Demonstrationen sehr schnell. Und zusammen mit anderen medial gewinnend auftretenden jungen Frauen hat sich mit Luisa Neubauer eine überzeugende Führungsfigur herausgebildet, die parallel zu den Demonstrationen mit einer Verfassungsbeschwerde, zusammen mit anderen Klägern, ein geradezu revolutionäres Urteil beim Verfassungsgericht erstritten hat.

Das Gericht hat 2023 entschieden, dass das angegriffene Klimaschutzgesetz von Ende 2019, das keine Regelungen und Maßnahmen zur CO₂-Reduktion über das Jahr 2030 hinaus vorgesehen hatte, deshalb die Freiheitsrechte der nachfolgenden Generationen in der Zukunft einschränke und damit verletze.

Das Gericht hat dem Gesetzgeber deshalb aufgegeben konkrete Regeln auch für die Zeit nach 2030 zu beschließen. Erforderlich sei, dass die Politik die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes vorausschauend über die ganze Zeit verteile, so dass die heutige junge Generation auch in 2040 und 2050 ihre Freiheitsrechte realisieren können.

Zitat:

Danach darf nicht einer Generation (gemeint ist die heutige) zugestanden werden, unter vergleichsweise milder Reduktionslast große Teile des Co₂-Budgets zu verbrauchen, wenn damit zugleich den nachfolgenden Generationen eine radikale Reduktionslast aufgebürdet und deren Leben umfassenden Freiheitseinbußen ausgesetzt würden.

Dieses Beispiel zeigt eindrucksvoll, dass aus einer Krise, in diesem Fall der Klimakrise, wenn auch mit dem notwendigen Druck, die Chance beim Schopf ergriffen wurde, und mit hoher Geschwindigkeit von der damals großen Koalition realisiert wurde. Das neue Klimaschutzgesetz, mit konkreten Maßnahmen über 2030 hinaus, wurde 2023 verabschiedet.

Allen Krisen, unabhängig davon wie sie ausgehen, ist allerdings gemeinsam, dass sie gesellschaftliche Verunsicherung schaffen und dass sie Vertrauensverluste erzeugen. Umso mehr, wenn sie, wie im letzten Jahrzehnt, sich übereinander stapeln.

Man spricht in diesem Zusammenhang auch von der „Multiplen Krise“.

Stichworte, ohne den Anspruch auf Vollständigkeit, sind:

- Brutaler Angriffskrieg von Putin auf die Ukraine, mit der für uns innenpolitischen Folge der Energiekrise durch die Abkoppelung von russischem Gas und der ob der steigenden Gaspreise folgenden Inflation;
- brutaler Überfall der Hamas auf die israelische Zivilgesellschaft mit grausamen Tötungen und Geiselnahmen und einem nach und nach sich entwickelnden Verteidigungsexzess der israelischen Seite, der eine humanitäre Katastrophe in Gaza zur Folge hat;
- noch existente Dramatik der Klimakrise;
- Erosion der biologischen Vielfalt;
- nicht abnehmende, sondern zunehmende Migration;
- schwierige Transformation unserer Wirtschaft in die Zukunft:
Dekarbonisierung,
Digitalisierung,
künstliche Intelligenz;
- Verschiebung der geostrategischen Lage;
- Uneinigkeit der EU und Deutschland im Umgang mit dem russischen Angriffskrieg, im Umgang mit China und strategisch blank im Falle eines hoffentlich sich nicht einstellenden Wahlgewinns von Donald Trump.

Hinzu kommen Umbrüche in der Zivilgesellschaft wie bspw. die dramatische Krise der beiden Kirchen, die durch die säkulare Entwicklung der Gesellschaft aber auch durch eigene Unfähigkeit und eigenes Verschulden einen massiven Vertrauensverlust erleiden und damit auch an gesamtgesellschaftlichem Einfluss und Integrationskraft verlieren.

All das wird begleitet, überwölbt, angefacht, verschärft, provokant überhitzt und täglich aus tausend Quellen und Sendern in die Gesellschaft geblasen, was ich als Kommunikationskrise benennen möchte.

Dies betrifft die gesamte politische, mediale, wirtschaftliche und in Teilen auch gesellschaftliche Kommunikation, die oft die Grenzen, man könnte auch sagen, die rote Linie einer angemessenen oder auch in der Austragung von Kontroversen gewünschten Schärfe um ein Vielfaches überschreitet. Der Soziologe Mau bezeichnet diese Akteure zurecht als Polarisierungsunternehmer.

Ich könnte den ganzen Abend mit Beispielen füllen. Nur einige Wenige:

In der Debatte um das Heizungsgesetz gab es den zentralen Begriff des Heizungshammers, mit dem über Wochen die Bildzeitung eine Kampagne mit persönlichen Anwürfen gegen Robert Habeck geführt hat und der Eindruck erweckt wurde, dass der Wirtschaftsminister mit einer zu gründenden Heizungspolizei persönlich in den Heizungskeller jedes Hausbesitzers eindringt, um die Gas- oder Ölheizung rauszureißen und eine neue, teuer zu bezahlende Wärmepumpe einzubauen.

Und das auf dem Hintergrund, dass derselbe Wirtschaftsminister, nach dem Stopp der Gaslieferungen durch Putin, sämtliche hysterischen medialen Prognosen im Sommer, wonach im folgenden Winter das arme Großmütterchen am kalten Ofen frieren müsste und die Ökonomen einen 5%-Einbruch der Wirtschaft voraussagten, die Gasspeicher voll bekommen hat. Naturgemäß mit höheren Beschaffungspreisen, die aber durch entsprechende Programme für die Haushalte abgemildert wurden, die Ökonomie nicht um 5% eingebrochen ist und der Winter ohne großen Schaden vorüber ging.

Übrigens ein weiteres positives Beispiel im Sinne des Vorgesagten, in dem eine Krise als Chance genutzt wurde. Nämlich die von den Vorgängerregierungen, gegen den politischen Mehrheitswillen der EU, gegen die ausdrückliche Position der befreundeten USA, durch Nord Stream 1 und 2 immer weiter vorangetriebene Abhängigkeit von russischem Gas, los zu werden und gegen eine diverse Struktur von Lieferanten einzutauschen.

Oder eine jüngst produzierte Grenzüberschreitung des Stuttgarter CDU-Bundestagsabgeordneten Max Mörseburg, der auf einem dieser elektronischen Medienkanäle postete: *In Deutschland gibt es ein Blutbad, wenn die Ampelregierung nicht demnächst durch eine wirtschaftskompetente Regierung abgelöst wird.*

Aus der Wirtschaft werden tagtäglich von Dutzenden von Wirtschaftsverbänden und Lobbygruppen der Niedergang der deutschen Wirtschaft, die De-Industrialisierung Deutschlands, beklagt und die Presse gießt es in die entsprechenden Schlagzeilen.

Diese Beispiele, die beliebig erweitert werden könnten, machen eines deutlich, nämlich, dass wie der bereits zitierte Soziologe Mau auf Grund seiner empirischen Studien zu dem Schluss kommt, die Polarisierung zu großen Teilen von Oben nach Unten erzeugt wird, die Akteure von Politik und Medien Konflikte inszenieren und sie zur Mobilisierung ihrer Anhänger benutzen, und dadurch eine gesellschaftliche Fragmentierung herbei führen.

Um noch ein besonders verstörendes Beispiel, das sich ins öffentliche Bewusstsein eingepägt hat, zu benennen:

Der Wirtschaftsminister und stellvertretende Ministerpräsident des Freistaat Bayern, also immerhin der zweite Mann in der politischen Hierarchie, putschte anlässlich einer Demonstration ca. 8.000 Menschen mit folgender Tirade auf:

Jetzt ist der Punkt erreicht, wo die große schweigende Mehrheit sich die Demokratie zurückholen muss und denen in Berlin sagen: Ihr habt wohl den Arsch offen da oben. Wir wollen unsere Demokratie zurückholen.

Etwas Anderes kommt hinzu und das sage ich nicht, weil ich in einem kleinen Dorf in der hohenlohischen Provinz aufgewachsen bin, und das sage ich auch nicht, weil Furtwangen eine Gemeinde in einer ländlichen Region ist. Die Berichterstattung der überregionalen Medien inclusive der öffentlich-rechtlichen Anstalten ist überwiegend von der städtischen, von der urbanen Sichtweise geprägt, was ja auch kein Wunder ist, da sie alle in Berlin-Mitte in München, Hamburg oder Frankfurt hocken. Die Realität in Deutschland ist aber eine andere, da nahezu 47 Millionen, also 60 Prozent, der Bevölkerung in ländlichen Regionen, außerhalb der Ballungszentren und damit in einer anderen als der städtischen Wirklichkeit lebt. Das wird dann gottseidank noch teilweise durch die die Lokal- und Regionalmedien aufgefangen, die aber in den letzten Jahren auch mehr und mehr ausgedünnt werden und an Einfluss und Integrationskraft verlieren.

Ich komme zu der Frage, wie Vertrauen zurückgewonnen werden kann, was angesichts der Massivität der Krisen und der Tiefe des Vertrauensverlustes auf den ersten Blick eine schwierige Aufgabe ist, da es die allgemein gültige Erfahrung gibt:

Vertrauen verlieren geht schnell, Vertrauen gewinnen oder gar zurückgewinnen ist ein langsamer, dornenreicher Prozess.

Als allererstes Erfordernis hierfür ist das offene Eingeständnis, welche Fehler man gemacht hat, denn erst dann ist der Weg frei für den Gewinn von neuem Vertrauen.

Politiker unterliegen mehrheitlich dem Irrtum, Fehler soll man nicht eingestehen, denn das bedeute Gesichtsverlust und Verlust von Autorität. Und Politiker sollten offen und ehrlich kommunizieren und den Leuten nicht ein X für ein U vormachen. Wenn in Zeiten von nationalen und globalen Umbrüchen, in Zeiten von tiefgreifenden Transformationen der Wirtschaft, wenn vom Kanzler eine Zeitenwende ausgerufen wird und derselbe Kanzler mit seiner Kommunikation mit Begriffen wie „Doppelwumms“ und „You never walk alone“ den Menschen das Signal gibt, all das hätte für sie keine Auswirkungen, alles bleibe so wie es ist, dann ist das das Gegenteil von Vertrauen bilden. Denn die Menschen haben sehr wohl ein Gespür dafür, dass in Umbruchszeiten auch Herausforderungen auf sie zukommen.

Ehrlich kommunizieren in diesem Kontext heißt, die Menschen, wenn es absehbar ist, dass sie mit Zumutungen konfrontiert werden müssen, diese auch zu benennen und zu erklären.

Also Beispiele, wie Heizungsgesetz und Landwirtschaft, wo von oben nach unten von heute auf morgen versucht worden ist durchzuregieren, sind Gift für die Beziehung Gesellschaft-Politik.

Die Politik muss, wenn sie neue Vorhaben auf den Weg bringen will, wenn sie aus ihrer Sicht notwendige Reformen realisieren will, diese möglichst frühzeitig in die öffentliche Diskussion einspeisen, die Betroffenen und ihre Interessensvertretungen für die Vorhaben interessieren, dafür werben und Überzeugungsarbeit leisten oder wie die baden-württembergische Landesregierung dies als Politik des „Gehört werdens“ bezeichnet.

Ich will das Gesagte auch hier mit einem Beispiel verdeutlichen:

Die Menschen sollten Veränderungen nicht nur passiv hinnehmen müssen und sich ohnmächtig gegenüber politischen Entscheidungen fühlen, sondern selber auch aktiv werden können und Teilhaber von Transformationsprozessen sein. Es macht einen Unterschied für eine Gemeinde, ob ein Investor kommt und 5 Windräder auf Gemeindegrund bauen will oder ob die Gemeinde es selbst macht oder mindestens sich beteiligt und sagt, dafür bekommt ihr in den nächsten Jahrzehnten einen Bürgerstrom zu einem Festpreis.

Als Mitglied des Aufsichtsrats einer kleinen Energiefirma erlebe ich, wie mit einem solchen Konzept Windkraft, ohne dass langjährige Klageverfahren in Szene gesetzt werden, erfolgreich platziert werden kann.

Jetzt werden Sie vielleicht einwenden, angesichts dessen, was ich vorher unter dem Begriff der multiplen Krise beschrieben habe, ist das von der Politik gar nicht zu leisten. Damit haben Sie prima vista auch recht, aber auch hier komme ich auf die Forschungsergebnisse des Soziologen Mau zurück:

Die zeigen auf, und das gibt Zuversicht, dass das Bild der Polarisierung, der Spaltung der Gesellschaft, das sofort bei Konflikten transportiert wird, nicht stimmt. Sondern, dass dieser Prozess an den Rändern stattfindet und die Mitte der Gesellschaft, die wenig ideologisiert ist, dem Ganzen eine relative Stabilität verleiht. Und diese Ergebnisse, die schon davor publiziert wurden, wurden eindrucksvoll bewiesen durch die massenhaften Demonstrationen über ganz Deutschland bis in kleine Städte, in denen die Mitte der Gesellschaft aufgestanden ist und dem polarisierenden rechten Rand ein Stoppschild vor die Nase gehalten hat und in herausragender Weise klar gemacht hat, dass sie, die Mitte, die Gesellschaft mehrheitlich trägt und dass sie, die Mitte, für Demokratie und für eine offene Gesellschaft steht. Für die Politik heißt

das, dass sie sich noch, und damit anders als in den USA, auf diese Mitte verlassen kann und deshalb auch alles dafür tun muss, um diese Mitte zu stärken, was aber im Umkehrschluss bedeutet, dass sie sich davor hüten sollte, sich politisch oder auch nur verbal mit den Rändern gemein zu machen und deren Melodie zu kopieren.

Um das sensible Thema Migration kurz zu beleuchten. Natürlich muss es öffentlichen Raum geben, um die Probleme, die die Migration mit sich bringt, anzusprechen und nicht nur anzusprechen, sondern auch zu lösen. Die Melodie der Rechten, wonach Migration gestoppt werden könnte oder sogar eine Remigration realisiert werden könnte, ist aber nicht von dieser Welt.

In Deutschland haben nahezu 30 % der Ärztinnen und Ärzte einen Migrationshintergrund. Beim Pflegepersonal ist der Anteil noch um einiges größer. Das Gesundheitssystem und viele andere Branchen würden zusammen brechen ohne Migration.

Und wenn die gesellschaftliche Mitte, und dazu gehören auch sie als Kirchengemeinde und auch die in Deutschland lebenden aktiven und passiven Christen, wenn also die Mitte so mächtig und eindrucksvoll aufgestanden ist, auch im Alltag, am Arbeitsplatz, im Bekannten- und Freundeskreis, im Freizeitbereich und in den Vereinen, Farbe bekennt und sich gegen Polarisierung und Spaltung wendet, ist es mir um den Zusammenhalt der Gesellschaft, ist es mir um die Demokratie und das Vertrauen in Demokratie nicht bange.